

Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist in Kraft getreten - Was nun?

Ein Staat, der das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert, willigt ein, sich gesetzlich zu verpflichten, Menschen mit Behinderungen als ein Rechtssubjekt mit klar definierten Rechten genauso wie jede andere Person zu behandeln.

Bis dato haben 25 Staaten das Übereinkommen ratifiziert und mehr als 120 unterzeichnet und damit die Absicht angezeigt, es in der Zukunft zu ratifizieren. Das Übereinkommen und das Fakultativprotokoll sind am 3. Mai 2008 in Kraft getreten. An der ersten Konferenz der Vertragsstaaten werden die Länder, die das Übereinkommen ratifiziert haben, unabhängige Experten wählen, die den Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bilden. Dieser wird von den Vertragsstaaten Berichte über den Fortschritt der Umsetzung des Übereinkommens erhalten. Die Staaten sind angehalten, Regierungsbeauftragte zu bestimmen und einen Mechanismus für die Umsetzung des Übereinkommens einzurichten.

Das Fakultativprotokoll des Übereinkommens erlaubt es Einzelpersonen und Gruppen aus den Staaten, die das Protokoll ratifiziert haben, beim Ausschuss eine Petition einzureichen, sobald alle nationalen Rückgriffsverfahren ausgeschöpft worden sind.

Ein umfassendes Übereinkommen

Das Übereinkommen geht eine Vielzahl von Barrieren an, denen Menschen mit Behinderungen gegenüberstehen, darunter Diskriminierung – wie die Aberkennung des Wahlrechts – sowie soziale und wirtschaftliche Barrieren, wie beispielsweise Diskriminierung am Arbeitsplatz und unangemessenes Lebensniveau.

Bei der grundlegenden Frage der Barrierenfreiheit fordert das Übereinkommen von Staaten, dass Hindernisse und Barrieren identifiziert und beseitigt werden, um den Zugang in den Bereichen Information und Kommunikation und anderen Dienstleistungen, einschließlich elektronischer Dienstleistungen und Notfalldienste zu gewährleisten. Zugang muss ebenfalls zu "Gebäuden, Straßen, Transport- und anderen Innen- und Außeneinrichtungen, einschließlich Schulen, Häusern, medizinischen Einrichtungen und Arbeitsstätten" ermöglicht werden. Die Staaten müssen Minimalstandards beim Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungsträgern ausarbeiten und sicherstellen, dass private Einrichtungen und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit angeboten werden, mitberücksichtigt werden.

Verpflichtungen der ratifizierenden Staaten:

- Eine gleiche Anerkennung vor dem Gesetz sicherzustellen, einschließlich des Eigentums- und Erbschaftsrechts, der Verfügung über Finanzen und der Zugang zu Bankkrediten und Hypotheken.
- Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zu erlassen, die das Verbot von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch sicherstellen.
- Genesung und Rehabilitation der Opfer im Fall eines Missbrauchs und die strafrechtliche Verfolgung der Täter zu gewährleisten.
- Die persönliche Mobilität fördern, darunter den Zugang zu Mobilitätshilfen und -geräten zu ermöglichen.
- Angemessene bauliche Einrichtungen an Orten wie Schulen und Arbeitsstätten in Form der notwendigen und annehmbaren Veränderungen und Korrekturen, die eine Teilnahme von Menschen mit Behinderungen erlauben, bereitzustellen.

- Das Recht der Menschen mit Behinderungen unabhängig zu leben und nicht gezwungen zu sein, in einer bestimmten Einrichtung zu wohnen, sicherzustellen.
- Das Recht auf Heirat und der Gründung einer Familie sicherzustellen.
- Studenten mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem miteinzubeziehen und die notwendige Unterstützung im Bedarfsfall zu gewährleisten.
- Den gleichen Zugang zu beruflicher Ausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen zu ermöglichen.
- Gesundheitsversorgung und die spezifischen Gesundheitsleistungen, die von Menschen mit Behinderungen benötigt werden, zu gewährleisten.
- Das Recht auf Arbeit zu schützen und Arbeitsdiskriminierung zu verbieten.
- Die Anstellung, berufliche Selbständigkeit und das Unternehmertum von Menschen mit Behinderungen zu fördern.
- Einen angemessenen Lebensstandard und soziale Sicherheit zu gewährleisten, darunter durch öffentlichen Wohnungsbau, Hilfsleistungen zur Deckung durch Behinderungen bedingten Bedarf, sowie, im Fall von Armut, finanzielle Unterstützung bei Ausgaben, die mit Behinderungen im Zusammenhang stehen.
- Die Teilnahme am politischen, öffentlichen und kulturellen Leben sowie Erholung, Freizeit und Sport sicherzustellen.

Bestimmte Schritte sind bei der Umsetzung des Übereinkommens mit Kosten verbunden. Jedoch verlangt das Übereinkommen eine „fortschreitende Realisierung“ der meisten seiner Vorschriften im Einklang mit den finanziellen Mitteln der einzelnen Staaten. Bei Staaten, die über keine großen finanziellen Mittel verfügen, hofft man, dass internationale Unterstützung helfen wird, die die Integration von Menschen mit Behinderungen bislang vernachlässigt hat.

Durch Veränderungen, die im Einklang mit dem Übereinkommen stehen, werden nicht nur Menschen mit Behinderungen profitieren, sondern auch alle anderen. Aufzüge und Auffahrtsrampen zum Beispiel bieten mehr Möglichkeiten für jeden. Designänderungen, die nötig werden, um dem Buchstaben und dem Geist des Übereinkommens zu entsprechen, werden neue Ideen und Innovationen hervorbringen, die das Leben aller Menschen verbessern. Das Übereinkommen fördert ein „universelles Design“ – ein Produkt-, Ausstattung-, Programm- und Dienstleistungsdesign, das von jedem zu einem größtmöglichen Ausmaß ohne Anpassungsbedarf oder ohne gesondertes Design in Anspruch genommen werden kann.

Die Weltbank zeigt in Studien, dass die Kosten für beim Bau gleichzeitig realisierter behindertengerechter Ausstattung minimal sind. Es hat sich herausgestellt, dass das Bauen von zugänglichen Gebäuden einen zusätzlichen Baukostenwert von weniger als einem Prozent hat.

„Es ist tatsächlich sehr wirtschaftlich, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen ihr Potential voll ausschöpfen können“, sagte Akiko Ito, Leiterin des Sekretariats des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. „Wenn sie auf keine Hindernisse stoßen, dann können Menschen mit Behinderungen Angestellte, Unternehmer, Konsumenten und Steuerzahler wie allen anderen sein.“

„Die Gesellschaft lässt sich ein großes Reservoir an Talenten entgehen“, erklärte Akiko Ito weiterhin. „Menschen mit Behinderungen können ein breites Angebot an Fachwissen, Fähigkeiten und Talenten in die Gesellschaft miteinfließen lassen. Studien zeigen, dass ihre Arbeitsleistung genau so gut ist, wenn nicht besser, als die der Durchschnittsbevölkerung. Eine hohe Verbleibquote und geringe Fehlzeiten machen die Befürchtungen mehr als wett, dass es zu kostspielig sei, das Arbeitsumfeld an ihre Bedürfnisse anzupassen.“

„Befürchtungen, dass die Anstellung von Menschen mit Behinderungen mit höheren Kosten verbunden wäre, erweisen sich als überflüssig“, fügte Akiko Ito hinzu. Eine im Jahr 2003 durchgeführte Studie in den Vereinigten Staaten zeigt, dass beinahe drei Viertel der Angestellten berichtet hatten, dass Angestellte mit Behinderungen keine besondere Behandlung benötigten. Jeder soll durch Integration von Menschen mit Behinderungen vollen Nutzen ziehen.“